



Kontoverbindung

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10
BIC: GENODED1SPK
Steuernummer: 207/107/603315
Vereinsregister Amtsgericht Köln VR 9394

Präsident

Raif Hussein

Vizepräsidenten

Dr. Martin Breidert

Nazih Musharbash

Gisela Siebourg

Dr. Ribhi Yousef

Rundbrief Januar 2017

Liebe Mitglieder und Freundinnen und Freunde der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, wir blicken auf ein ereignisreiches Jahr zurück. Unsere Arbeit, die immer wieder von bestimmten Stellen massiv gestört wird, wollen wir inhaltlich und offensiv fortsetzen. Das Präsidium der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft nimmt die Störaktionen durchaus wahr, lässt sich jedoch nicht in die Defensive und in Auseinandersetzungen treiben. Diese Störaktionen verfolgen eher das Ziel, unsere Arbeit zu lähmen. Das wahre hässliche Gesicht der Besatzung und die permanente Verweigerung Israels, internationale Vereinbarungen anzuerkennen, werden immer deutlicher.

Das neue begonnene Jahr 2017 fordert uns heraus. Durch sachkundige Informationen und vielfältige Aktivitäten unserer Solidaritätsbekundungen in Deutschland wollen wir mehreren Ereignissen gedenken:

100 Jahre Balfourdeklaration

70 Jahre Nakba

50 Jahre Besatzung und

10 Jahre Gazabelagerung

Wir wollen alle unsere Gedanken, Kraft, und Erfindergeist für die Organisation und die Durchführung von Veranstaltungen zu diesen wichtigen Anlässen konzentrieren. Wir sind gut beraten weiterhin daran zu arbeiten, dass die deutsche Öffentlichkeit immer weiter und immer mehr zu dem Thema Menschenrechte im Besetzen Palästina sensibilisiert wird. Weltweit wackelt das Konstrukt der zionistischen Lobby. Ihre Mythen fallen zusammen wie ein Kartenhaus. Die zionistische politische Elite wird immer deutlicher in ihren wahren Absichten, sie wird zunehmend rassistischer und fundamentalistischer. Kurzum sie bieten uns genug Anlass, um das wahre Bild der Besatzung der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Ende Januar findet die Konstituierung des neu gebildeten Beirates unserer Gesellschaft in Berlin statt. Wir sind den Persönlichkeiten, die unsere Arbeit kritisch und konstruktiv begleiten werden, sehr dankbar, dass sie die Berufung angenommen haben.

Das Präsidium wird weiter daran arbeiten und seine Gespräche mit Politikern erhöhen um ein für alle uns wichtiges Ziel zu erreichen: die Bundesregierung soll den Staat Palästina in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt anerkennen.

Raif Hussein, Präsident

Liebe Leserinnen und Leser,

ein aufregendes Jahr ging zu Ende und ein neues, hoffentlich friedliches ist angefangen. In Bezug auf Palästina müssen wir leider feststellen, dass das israelische Militärregime brutaler wird: Landenteignungen, Schikanen, die willkürliche Verhaftung von gewaltlosen Menschenrechtsaktivisten. Israel forciert den Bau der völkerrechtlich illegalen Kolonien. Der UN-Sicherheitsrat hat mit seiner Resolution vom 23. 12. 2016 diese Rechtsauffassung bestätigt. Darum sind sowohl die Trennmauer als auch die Siedlungen illegal. In Übereinstimmung mit der EU stellt die DPG fest, dass die von Israel besetzten Gebiete nicht zum israelischen Staatsgebiet gehören. Produkte aus jüdisch-israelischen Siedlungen fallen deshalb nicht unter das EU-Assoziierungsabkommen mit dem Staat Israel.

Es ist sehr wichtig, dass wir Kontakte in das besetzte Palästina aufrechterhalten, damit die Menschen trotz scheinbar hoffnungsloser Situation tapfer und standhaft bleiben (sumud).

Diese Kontakte zu pflegen wird immer schwieriger. Im Frühjahr durfte Salah Khawaja nicht ausreisen und konnte nicht auf unserer DPG -Tagung in Ohrbeck sprechen. Im Mai wurde eine Deklaration des Weltkirchenrates an der Einreise gehindert, um an einer Konferenz in Bethlehem teilzunehmen. Im September hat Israel den Leiter einer Pax Christi-Reisegruppe zurückgewiesen. Und kürzlich wurde einer Vertreterin des Weltkirchenrates die Einreise verwehrt.

Israelische Menschenrechtsorganisationen wie B'Tselem oder Breaking the Silence werden nicht nur behindert, sondern bekommen Drohungen. Als im August ein ARD-Korrespondent über die ungerechte Wasserverteilung berichtete, erhielt er in Tel Aviv sogar Morddrohungen.

Gruppen und Personen, die sich für die Boykottbewegung BDS einsetzen, werden in Palästina verfolgt, sie erhalten weder Aus- noch Einreiseerlaubnis, z.B. Omar Barghouti, Begründer der BDS-Bewegung. In Deutschland werden UnterstützerInnen von BDS immer öfter gehindert, Räume zu mieten, Vorträge und Ausstellungen zu organisieren. Der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V. wurde sogar das Konto gekündigt bei einer Bank, deren Anteilseigner deutsche Wohlfahrtsverbände sind. Es ist erstaunlich, wie weit der Arm der Israel-Lobby reicht. Gerhard Fulda, Botschafter a.D., hat dazu einen lesenswerten Artikel geschrieben: https://www.d-a-g.de/uploads/media/Gazette_52_Fulda_Antisemitismus.pdf

Da die DPG die BDS-Bewegung unterstützt, müssen auch wir mit Aktionen gegen uns rechnen. Wir sollten gemeinsam überlegen, wie wir uns dagegen wappnen. Hierzu ist Besonnenheit und sachliche Information unabdingbar.

Trotz des Gedenkens an die Leiden des palästinensischen Volkes verbleiben wir mit Wünschen auf ein besseres neues Jahr für Palästina und für die Welt

Martin Breidert, Vizepräsident

Beirat

Dank der Entscheidung der Mitglieder auf unserer letzten Jahreshauptversammlung wurde unsere Satzung ergänzt, dass wir nun einen Beirat als ein weiteres kritisches und unterstützendes Organ installieren konnten. Unsere Berufung haben dankenswerterweise Persönlichkeiten als Sachverständige und Berater aus den Bereichen Politik, Religionsgemeinschaften, Medien, Kultur und Wissenschaft angenommen:

Frau Dr. Tamar Amar-Dahl
Herr Dr. Gerhard Fulda
Herr Dr. Aref Hajjaj
Frau MdB Michelle Müntefering
Herr MdB Omid Nouripour
Herr Prof. Dr. Norman Paech
Herr Prof. Dr. Udo Steinbach
Herr Prof. Dr. Rolf Verleger
Herr MdB Dr. Johann Wadephul
Herr MdB Wolfgang Gehrcke

Die erste Sitzung des Beirates findet am 25. Januar 2017 in Berlin (Bundestag) statt.

DPG-Jahrestagung im Haus Ohrbeck vom 10.-12.03.2017

Die Einladung zur Jahrestagung sind mit der letzten Ausgabe des Palästina-Journals versendet worden. Auf dieser Veranstaltung beschäftigen wir uns mit den Auswirkungen der 50 Jahre andauernden Besatzung. Anmeldungen bitte direkt an das Haus Ohrbeck richten.

Jahreshauptversammlung

Unsere nächste JHV findet am 10.03.2017 im Haus Ohrbeck statt. Die Einladung hierzu folgt.

Nazih Musharbash, Vizepräsident